

Vermögensbildung und Eigentumsgarantie

Verfassungsrechtliche Probleme der Beteiligung
der Arbeitnehmer am Produktivvermögen

von

FRIEDRICH KLEIN †

C. F. Müller Juristischer Verlag
Karlsruhe 1974

Inhalt

A. Die Vorschläge der SPD, des DGB und der F.D.P. zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand	9
I. Die „Leitsätze der SPD zur Beteiligung der Arbeitnehmer am wachsenden Produktivvermögen“ und ihre Begründung	10
II. Das Modell des DGB auf Grund der Entschlie-ßung des 9. Ordentlichen Bundeskongresses vom 28. Juni 1972 und der Stellungnahme des Bundesausschusses vom 4. April 1973	15
III. Die „Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik“	18
IV. Weitgehende Übereinstimmung der drei Konzeptionen	23
B. Zur bisherigen rechtlichen Beurteilung der drei Vermögensbildungspläne	25
I. Würdigung aus der Sicht des geltenden Unternehmens-, Gesellschafts-, Vermögens- und Wettbewerbsrechts	25
II. Würdigung in verfassungsrechtlicher Sicht	26
1. im Hinblick auf Art. 3 Abs. 1 GG	26
2. im Hinblick auf Art. 14 GG	27
3. im Hinblick auf Art. 14 und Art. 20 Abs. 1/ Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG	29
C. Eigentumsschutz — Eigentum — Eigentumsentziehung	31
I. Begriff des Eigentums im Sinne von Art. 14 GG	31
1. Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichts und des Fachschrifttums	32
a) Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts	32
b) Die Meinungen im Fachschrifttum	33
2. Die Abgabeverpflichtung der Unternehmen als im Bereich des Eigentums liegend	33

II.	Eingriffe in das Eigentum	36
1.	Die vielfältigen Eingriffsarten	36
2.	Die geplanten Maßnahmen als Enteignung oder soziale Umschichtung	38
D.	Die Maßnahmen unter dem Blickpunkte der Enteignung	41
I.	Enteignung im rechtlichen Sinn?	41
1.	Der Begriff der Enteignung	41
2.	Jedenfalls Unzulässigkeit entschädigungsloser Übertragung von Vermögen	42
II.	Zulässigkeit, falls Enteignung?	42
1.	„nur zum Wohle der Allgemeinheit“	42
a)	Nicht jedes öffentliche Interesse ausreichend	43
b)	Positive Abgrenzung des Begriffs Allgemeinwohl	44
c)	Die Bedeutung des Wortes „nur“	45
2.	Die Maßnahmen als grundgesetzwidrige und unzulässige Eigentumsentziehung	47
E.	Die Maßnahmen unter dem Blickpunkte der sozialen Umschichtung	51
I.	Der Begriff der sozialen Umschichtung	51
1.	nach Veröffentlichungen von Werner <i>Weber</i>	51
2.	im sonstigen Fachschrifttum	54
3.	Feststellungen hinsichtlich des Begriffs, der Ziel- und Zwecksetzung sowie der Folgen der sozialen Umschichtung	58
4.	Die Maßnahmen als soziale Umschichtung	59
II.	Die Unzulässigkeit der sozialen Umschichtung	63
1.	Ausdrückliche Bejahung der Verfassungs- widrigkeit	63
2.	Stillschweigende Bejahung der Verfassungs- widrigkeit	66
III.	Die Maßnahmen als grundgesetzwidrige und unzulässige soziale Umschichtung	66